

p.b.b.

Erscheinungsort: W I E N  
Verlagspostamt: 1020 Wien

---

a

spekte

Nr. 35

Juli-August 70

SOMMER  
AKADEMIE  
DER  
FÖJ

JEDEN SAMSTAG

VOM 4. JULI  
BIS 29. AUGUST 1970

NEUFELDER  
SEE

Diskussion  
Information  
FÖJ



# Grundsätze und Perspektiven

In Österreich wird Grundsatzpolitik klein geschrieben, seit langem. Die traditionellen Arbeiterparteien und die Gewerkschaft sehen aus dem Gestrüpp der Tagespolitik nicht mehr heraus. Oberster Grundsatz ist die Erhaltung von Einfluß und Positionen. Dementsprechend ist die Strategie und Taktik, Grundsätze sind kaum gefragt, Diskussionen darüber werden ausgeklammert.

Diese schlechten Traditionen haben ihre negativen Auswirkungen auf die gesamte Linke in Österreich, auch auf revolutionäre Gruppierungen junger Menschen, welche aus der Unzufriedenheit mit der Politik eben dieser Arbeiterparteien entstanden sind.

Die FÖJ will versuchen, wenigstens für sich dieses Versäumnis nachzuholen. (Die Grundsätze der FÖJ, beschlossen am letzten Bundeskongreß im Mai 1967 waren schon damals sehr oberflächlich und entsprechen heute schon gar nicht unserer Situation.)

Ein "Arbeitskreis Grundsatzprogramm" hat sich konstituiert und hofft, bei entsprechend breiter Mitarbeit in Jahresfrist ein Ergebnis vorzulegen, welches nach Billigung der Organisation ein Beitrag oder ein Anstoß zur Grundsatzdiskussion der gesamten Linken sein kann.

Man hat sich über die Notwendigkeit geeinigt, diese Arbeit mit einer gründlichen Analyse der Situation der Linken in Österreich zu beginnen.

Im ersten Teil wollen wir die historischen Wurzeln für die Schwäche der österreichischen Linken finden. Hier ist eine riesige Menge an Literatur und Material zu bewältigen, zu viel für sechs Genossen. Um eine möglichst breite Mitarbeit zu gewährleisten, wollen wir diese Arbeit mit der "Sommerakademie" der FÖJ am Neufelder-See verbinden. Die Akademie bekommt eine reale Funktion, ihre Ergebnisse werden verwertet und der Arbeitskreis hat die dringend notwendige Hilfe.

Die Referenten werden die Aufgabe haben die historischen Fakten zu liefern, welche in der Diskussion von den Teilnehmern verarbeitet werden. Die Protokolle der Akademie werden die Grundlage und das Gerippe für den ersten Teil des Grundsatzprogrammes sein.

Wirkungsvolle Politik zu betreiben setzt unter anderem die Kenntnis der eigenen Lage voraus. In der revolutionären Praxis wurden zu oft ausländische Beispiele auf unser Land übertragen und mußten, weil sie den spezifischen Verhältnissen Österreichs widersprochen haben, unwirksam bleiben. Die Analyse kommt vor der Synthese.

Die Neufelder Sommerakademie ist ein Versuch in dieser Richtung.

ORT: Neufelder FÖJ-Strandbad (Bei Schlechtwetter in einem Lokal in Strandnähe).

ZEIT: Jeden Samstag ab 18.30 Uhr.

# PROGRAMM FÜR NEUFELD

## PROGRAMM - JULI

4. Juli: Von der Gründung der Habsburgischen Hausmacht bis zur Gegenreformation - die Heilige Allianz - Niederschlagung der bürgerlichen Revolution 1848 - Gründung der Sozialdemokratie bis zum 1. Weltkrieg

Referenten: Zsolt Patka  
Lorenz Gyömerey  
Leopold Spira

11. Juli: Zerfall der Monarchie - Austromarxismus - Gründung der KPÖ - bis zur Machtergreifung Hitlers 1933.

Referent: Josef Hindels

18. Juli: Faschismus in Österreich - II. Weltkrieg - Zerschlagung des Faschismus .. Befreiung 1945 - die ersten Jahre der 2. Republik bis 1949

25. Juli: Österreich von 1949 bis 1955 - Auswirkungen des Kalten Krieges - Aspekte der internationalen Politik.

++++  
"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt der Freien Österreichischen Jugend - Wien. Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Freie Österreichische Jugend, für den Inhalt und die Vervielfältigung verantwortlich: Walter Kreithmaier, alle Wien 1040, Belvedere-gasse 10.

## PROGRAMMVORSCHAU FÜR AUGUST

Zunächst Berücksichtigung der Erfahrungen des ersten Teiles im Juli.

Als Themen sind geplant:

- Gegenwärtige Situation der Linken in Österreich
- Revolutionäre Praxis in Österreich - Fragen der zukünftigen Perspektive
- Fragen der Organisation und der Strategie
- Generationskonflikt - Ausdruck einer spezifischen Form des Klassenkampfes in der Situation einer total veränderten und im Umbruch befindlichen Welt?
- Die Ausstrahlung der internationalen Bewegung auf die Linke Bewegung in Österreich

Die FÖJ führt jeden Samstag einen Bäderbus zum Neufelder-See.

Abfahrt: 9 Uhr, Belvedereg. 10

(Fahrtkostenbeitrag: S 20,- für Hin- und Rückfahrt)

Nächtigungsmöglichkeit:

Im FÖJ-Strandbad, in Zelten, die mit Betten ausgestattet sind, (Pro Person: S 10,-)

Anmeldungen: Im FÖJ-Zentrum Belvederegasse 10 - Platzreservierungen in der Reihenfolge der Anmeldungen.



# Schulreform - aber wie?

Eingedenk des neuen Arbeitsstils der SPÖ-Regierung lud Unterrichtsminister Gratz Vertreter verschiedener Jugendorganisationen zu einem Gespräch über die neue Schulreform ein. Sicherlich keine revolutionäre Tat des Herrn Minister, aber dennoch ein Schritt der unter Pifffl kaum denkbar gewesen wäre. Diese Haltung der SPÖ Minister gegenüber den Jugendorganisationen im Rahmen einer linken Politik auszuwerten, um diese Forumsgespräche nicht zur "Demokratischen Imagebildung" der einzelnen Minister werden zu lassen, wird eine der unmittelbaren Aufgaben der Linken sein.

Bereits der Beginn der Diskussion zeigte die Grenzen der SPÖ-Regierungsreform auf und es ist daher zu verstehen, daß Minister Gratz Wert darauf legte, nicht das grundsätzliche gesellschaftliche Problem der Schule in die Diskussion zu bringen, sondern an die Teilnehmer appellierte, sich auf die sogenannten konkreten Fragen zu beschränken. Eine Abstimmung über den Antrag linker Teilnehmer, die Aussprache mit dem Minister nicht auf Verbesserungsvorschläge reduzieren zu lassen, sondern Funktion und Aufgabe der Schule in der Gesellschaft zu formulieren, wurde aber mehrheitlich abgelehnt. Als Kompromiß einigte man sich an Hand der konkreten Fragenkomplexe: Vorschulische Erziehung, Grundschule, untere Stufe der mittleren Schule, Oberstufe der AHS, die gesellschaftlichen Probleme mit einzubeziehen.

Im Einleitungsbeitrag erwähnte Gratz die Aufgaben der Schulreform und gleichzeitig die Schwierigkeiten, denen die Verwirklichung selbst dieser Reform ausgesetzt sind. Dabei wurde die für die österreichische Situation bezeichnende Tatsache sichtbar, daß selbst

jene Reformen, die den modernen kapitalistischen Wirtschaftnotwendigkeiten Rechnung tragen, auf Widerstand stoßen.

## I. Vorschulische Erziehung:

Bereits die ersten Beiträge, - bezeichnenderweise von ÖVP nahestehenden Seite vorgebracht-, mußten den engezogenen Rahmen, sich nur auf vorschulische Institutionen zu beschränken, sprengen. Vorweggenommen sei erwähnt, daß gerade jene Vertreter, die sich in ihrer Partei in keiner Weise durchsetzen, in Fragen Finanzaufbringung und "Demokratie" gegenüber dem SP-Minister am radikalsten auftraten. Zum konkreten Problem erwähnten sie trotz der selbstverständlichen Begrüßung der vorschulischen Erziehung die Problematik der "Freiheitsbeschränkung" bei obligatorischer Einführung einer vorschulischen Einrichtung. Hier zeigte sich am besten, wie im konkreten Fall die Phrasen vom "Schaffen gleicher Voraussetzungen für alle" zu werten sind. Schließlich ist nur allzu gut bekannt, daß gerade Familien der "gehobenen" Schichten auf Grund ihrer gesellschaftlichen Stellung eher auf Erziehung und Bildung ihrer Kinder wertlegen können als die jahrelanger Bildungsdiskriminierung ausgesetzter Arbeiterfamilien. Erst die obligatorische Einführung der VORSchule ermöglicht es Kindern aus diesen Familien das Handicap des gesellschaftsbedingten geringeren Bildungsniveau der Eltern zu überwinden. Der Herr Minister erklärte die Notwendigkeit der Anwendung auch rechtlicher Mittel gegen Eltern die ihren Pflichten gegenüber Kindern nicht gerecht werden. Er ließ aber keinen Zweifel offen, daß an der obligatorischen Einführung des Vorschulunterrichts

nicht gedacht wird (Aus Platzmangel und ähnlichen Gründen).

## II. Grundschule:

Obwohl im SPÖ Schulprogramm die Einheitsschule von 6-14 Jahren gefordert wurde, war in den Ausführungen des Ministers die Trennung der Schulstufen von 6-10 jährigen und 10-14 jährigen bereits fixiert. Minister Gratz sprach von den notwendigen Experimenten obwohl die Erfahrung nicht nur unserer sozialistischer Nachbarstaaten, sondern auch von Staaten wie Schweden eindeutig die Notwendigkeit der Einheitsschule bereits in der Praxis bewiesen hatte. Im Verlauf dieser Diskussion wurde von unserer Seite aufgezeigt, wie entscheidend es ist, sich zuerst mit der gesellschaftlichen Aufgabe der Schule zu beschäftigen. Hat die Schule die Aufgabe "Untertanen" zu produzieren, die nach verlassen der Schule sich brav den Anordnungen der Obrigkeit zu fügen haben, so erfordert auch diese Vorstellung eine "Schulreform", denn die mittelalterlichen Schulmethoden, die noch heute im Großteil der Schulen angewandt werden, sind nicht mehr imstande, diese Form des Untertanen zu produzieren. Zu groß ist hier die Möglichkeit des Protestes und die Gefahr den Bogen zu überspannen. Wir haben die berechtigte Befürchtung, daß die vorgeschlagene Schulreform eben diesen Bedürfnissen Rechnung tragen soll, und verfeinerte Methoden entwickelt werden sollen, um die echten Verhältnisse zu verschleiern.

Wir meinen aber, daß das Ziel einer demokratischen Schulreform darin sein müßte, Menschen zu entwickeln, die imstande sind, ihre eigene Stellung in der Gesellschaft bewußt zu erfassen, gesellschaftliche Zusammenhänge als Komplexe zu erkennen und zu verstehen, auch Alternativen zu stellen. Es wurde darauf hingewiesen, wie

stark der Frontalunterricht (hier Lehrer - dort Schüler) zur Manifestation der Macht der Autorität wird, wie verlogen der Inhalt der Lehrbücher die gesellschaftliche Situation aufzeigt (z.B. Papi kommt nach Hause, Mami kocht fleißig, Peter springt weil Papi für alle ein Geschenk mitgebracht hat.) An diesem Beispiel wird die Rolle des Mannes als Familienerhalter demonstriert, die Frau soll bei ihren drei "K" (Kinder, Küche, Kirche) bleiben. Als erster Schritt wurde daher die konkrete Forderung nach Veränderung des Bildungsinhaltes über Überwindung des Frontalunterrichts, nach Überwindung des Einlehrersystems, Austausch der Lehrer bereits in dieser Schulstufe gestellt.

## III. Konkrete Forderungen für die Schulstufe der 10-14 jährigen:

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und auf Grund des Einverständnisses von Minister Gratz, Ende September die Diskussion weiter zu führen, einigte man sich, konkrete Forderungen, die nicht unmittelbar mit der Einführung der Schulreform verbunden sind, zu diskutieren.

Im Rahmen dieser Gesprächsrunde wurden als unmittelbar zu realisierende Forderung die Demokratisierung auf zwei Ebenen gefordert:

### 1. Lehrerbereich:

Allen Anwesenden war es klar, daß die Demokratisierung der Schule nicht von der Haltung der Lehrerschaft zu diesen Fragen getrennt werden kann.

Es geht darum, die hierarchische Struktur des Lehrkörpers zu verändern und das Verhältnis Ministerium-Schulinspektion-Direktion-Lehrerschaft neu zu werten. Erster

Fortsetzung auf Seite 16.

---

# Klub für kritische und nichtkorrupte Kunst



In verschiedensten Sparten, mit verschiedensten Mitteln, auf Grund verschiedenster (oder auch keiner) Theorien wird in Wien von wenigen Leuten engagierte/linke /kritische/progressive Kunst gemacht. Den Filmmachern, Bildermalern, Zeitschriftenschreibern, Theaterspielern etc. bieten sich herzlich wenig Möglichkeiten ihre Produkte an den Mann zu bringen. Ihre Produkte haben meist keinen Handelswert, werden daher von den Kunsthändlern nicht ge- oder verkauft und so unter die Leute gebracht. Die Möglichkeiten, die von offiziellen Stellen angeboten werden, wie z.B. Arena 70, dienen wohl mehr dazu, die Unterdrückung fortschrittlicher Künstler zu verschleiern, als ihnen zu ermöglichen, ihre Kunst wirksam werden zu lassen.

Die Alternativen stehen also:  
Bleibe unbequem und du wirst totgeschwiegen oder werde bequem und wir kaufen dich.

Soweit kurz angedeutet, das Dilemma. Der Ausweg würde lauten: wir bleiben unbequem und bringen unsere Produkte selbst an den Mann, und zwar an den richtigen.

Hier ist jetzt vom politischen Einsatz engagierter Kunst die Rede: es genügt nicht, daß sie immer denselben Kreis politisch engagierter Leute anspricht, diesen zusammenhält, ihm als eine Form der Auseinandersetzung untereinander dient und ihn unterhält als "linke Kunst für Linke" um ihre Funktion als "bewußtseinserweiterndes Medium" zu erfüllen muß sie an die noch nicht politisierten herankommen, an die "Massen" (nach Möglichkeit). Da ihr die Institutionen der Massenmedien etc. versagt sind, braucht sie eigene Institutionen. Da Geld und Technik fehlen, bleibt nur der

persönliche Einsatz von vielen. Die FÖJ hat die Absicht, in einem Lokal einen Kulturklub einzurichten. Hier bestünde die Möglichkeit, den Kontakt mit dem Stammpublikum noch weiter zu vertiefen, und zwar so, daß eine Aktionseinheit entstehen kann, die sich bemüht, unbequeme Kunst politisch wirksam werden zu lassen, indem neue Zielgruppen erreicht werden. (z.B. Kulturzentren in den Außenbezirken einrichten, die Volkshochschulen unterwandern, die verschiedenen Zeitschriften verbreiten, "Werbung")

Der Klub selbst soll, wie gesagt, dem Kontakt zwischen den Produzenten und den Leuten, die vorläufig noch Publikum sind, dienen, durch Kantinen /Kaffeehausbetrieb Geld hereinbringen, Probenräume bzw. Ateliers zur Verfügung stellen u.s.w. Damit mit den vorhandenen Mitteln das Beste gemacht wird, ist es nötig, daß möglichst alle an einer solchen Einrichtung interessierten mit ihren Gedanken und Vorschlägen an der Vorbereitung mitarbeiten, damit über den Sommer möglichst effektiv gearbeitet werden kann. Alle Interessenten werden gebeten, Kontakt aufzunehmen mit:

Martin Auer

1100., Wien, Braunspergeng. 27/8/1/4

Tel. 64-78-642 (Wenn nicht zuhause, Nachricht hinterlassen, wann wo zu erreichen.)

Da noch verschiedene materielle Fragen offen stehen, können wir noch keinen Termin für eine große Vorbesprechung, die auf jeden Fall stattfinden wird, angeben. Wir bitten Euch daher, vorläufig persönlichen Kontakt mit Martin Auer aufzunehmen.

Auer Martin



# W O R K

Daß Jubiläumsfeiern sinnlos, wenn nicht schädlich sind, ist uns klar geworden. Trotzdem ist der 25' Jahre-Termin recht anziehend. Wir wollten daher an ihn anknüpfen und ihn politisch wirksam ausnützen. Wir könnten mit vollem Recht statt 25 Jahren von 24+1 Jahren sprechen. Fand doch die Veranstaltung fast ein Jahr nach der Diskussion "Linke was nun?" vom 13.6. vorigen Jahres statt. Diese Diskussion stellte einen konkreten Versuch dar, die Funktion einer marxistischen Jugendbewegung, ihre Stellung in der Linken und das Verhältnis zur KPÖ, an Hand der heutigen Situation, in Österreich zu überlegen und zu fixieren. Dies war der letzte Anlaß für die Parteiführung entweder die gesamte Organisation zur Raison zu bringen, und als dies fehlschlug, die Spaltung zu organisieren.

Bei der Veranstaltung ging es uns darum, den politisch interessierten Kreisen in Österreich und speziell jungen Leuten, die Existenz der FÖJ bewußt zu machen und die Notwendigkeit des Überlebens der FÖJ für die gesamte Linke Bewegung aufzuzeigen. Die Freie Österreichische Jugend ist in doppelter Hinsicht frei: frei von jeder Bevormundung seitens einer Partei, aber auch dadurch frei von Parteisubventionen. Es ist in der Geschichte der zweiten Republik einmalig, daß eine Jugendor-

ganisation konsequent ihre Ideen und Anschauungen nicht in Widerspruch zu ihren Taten bringen wollte. Statt uns dem finanziellen Druck zu beugen, wählten wir den Weg der Aufrechterhaltung unserer gemeinsam erarbeiteten Vorstellungen. Vor ähnlichen Entscheidungen werden in unmittelbarer Zukunft fast sämtliche Parteijugendorganisationen stehen. Die Ablehnung der Bevormundung, der Heuchelei, der Unterdrückung von schöpferischen und demokratischen Initiativen junger Menschen, wird sich auswirken. Und wenn diese Jugendorganisationen junge Menschen gewinnen wollen, wird diese Ablehnung von ihnen berücksichtigt werden müssen. Damit aber kommen sie in unmittelbarem Konflikt mit ihrer Partei-, bzw. Kirchenhierarchie. Gelingt es der FÖJ durch ihr Auftreten den Beweis zu erbringen, daß auch ohne Parteiestablishment wirksam Politik gemacht werden kann, so werden damit die fortschrittlichen Kräfte in den anderen Organisationen weit eher ihre Politik durchsetzen können. Daß sich diese Kräfte in ihren Bewegungen erfolgreich behaupten ist eine Voraussetzung, für eine effektive linke Perspektive, in Österreich. Gleichzeitig erleben wir, daß durch die Handlungen der Arbeiterparteien und er mit ihnen verbundenen Jugendorganisationen, immer mehr junge Menschen sich entweder von der Politik zurück-

ziehen oder den Versuch unternehmen, sich in eigenen Gruppen ohne organisatorische Basis zu sammeln. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß es einer Organisation bedarf, um politisch wirksam zu werden. Erst die Einheit der linken Kräfte in der Frage Vietnam - koordiniert durch das Vietnambüro - hat zu einer derart mächtigen Demonstration wie der vom 14.5. führen können, deren Lehre darin besteht, daß es auch in Österreich eine nicht zu unterschätzende Anzahl am Sozialismus interessierter junger Menschen gibt und daß bewiesen wurde, daß es auch ohne Aufruf und Mitwirkung traditioneller Parteien möglich ist, eindrucksvoll seine Forderungen auf der Straße zu manifestieren. Soll aber diese Demonstration Ausgangspunkt für eine kontinuierliche Bewegung werden, müssen sowohl ideologisch wie organisatorisch bestimmte Konsequenzen gezogen werden. In unseren Erklärungen haben wir den Umbau der FÖJ von der Nachwuchs- und Erziehungsorganisation der KPÖ zur Marxistischen Bewegung der Jungen eindeutig festgestellt, daß wir eine marxistische Jugendorganisation in Österreich für notwendig halten und haben uns aus diesem Grund gegen eine von der Partei zu gründende Organisation gestellt. Wir sind überzeugt, daß nur eine Bewegung junger Menschen politisch wirksam werden kann, die eine Organisation d e r Ju-

gend und nicht eine Organisation für die Jugend ist. Wir sehen unsere Funktion darin, jungen Menschen die Verschleierrungsmechanismen der bürgerlichen Demokratie bewußt zu machen, ihnen die Verderblichkeit und die Verbrechen des Kapitalismus im nationalen und internationalen Rahmen aufzuzeigen und zu vermitteln, daß es notwendig ist, die geistige Verelendung und Vergewaltigung, der wir ausgesetzt sind, zu durchbrechen und die beste Möglichkeit diesen Durchbruch zu vollziehen darin besteht, gemeinsam zu kämpfen, das heißt, sich zu organisieren.

Dies alles hätte also auf dem "work-shop" gesagt werden sollen. (Referat des Gen. Margulies)  
Woran liegt es, daß es nicht gelungen ist?

Die Veranstaltung, die an und für sich eine politische war, ging in ihrem Inhalt überhaupt nicht auf den ihr zugrundegelegten Anlaß ein, sondern bewegte sich in viel allgemeineren Themen. Es ist natürlich klar, daß die politische Arbeit der FÖJ genau diese Probleme, auf die die Lieder der Songgruppe und die Texte von Gustav Ernst und Georg Vanc eingingen, zum Inhalt hat. Doch hatte das "work-shop" eine ganz bestimmte Aufgabe gestellt, nämlich solche Lieder und Texte, die für ein nicht politisiertes Publikum bestimmt sind, einem politisch aktiven Kreis von Leuten vorzuführen, und ihren agitatorischen

**s  
h  
o  
p**



Wert zur Diskussion zu stellen. Diese Aufgabe, die sich die Ausübenden gestellt hatten, mußte natürlich mit den Vorstellungen der Veranstalter, der FÖJ, kollidieren, Daß hier zwei verschiedene Vorhaben existierten, liegt daran, daß die Vorbereitung mangelhaft war und der Zweck der Veranstaltung viel zu ungenau besprochen wurde. Wäre die Vorbereitung besser gewesen, hätte sich herausgestellt, daß das Programm, das der Songgruppe zur Verfügung stand, für eine Veranstaltung, die den weiteren Weg der FÖJ zum Inhalt hat, nicht geeignet war.

Das Referat, das Genosse Margulies zu den Themen, die im ersten Teil des Artikels behandelt werden, gehalten hat, mußte daher den Rahmen sprengen und fand deshalb nur wenig Interesse.

Leider wurde die Veranstaltung auch den Vorstellungen der Ausübenden nicht gerecht, erstens, weil diese Absichten nicht klar genug ausgedrückt wurden, und zweitens, weil das Programm selbst eine zu geschlossene und konsumierbare Form hatte, so daß das Publikum größtenteils annehmen mußte, wir wollten es unterhalten und nicht seine Meinung hören und seine Hilfe bei unserer Arbeit in Anspruch nehmen. Daher war die Diskussion nach dem Programm zwar hitzig, aber wurde nur von einer Minderheit der Zuhörer geführt.

Trotz der eigenen kritischen Einschätzung sollen wir auch die positiven Aspekte nicht verhehlen. Organisatorisch betrachtet ist es immerhin gelungen, rund 50 Freunde und Genossen bei der Vorbereitung der Veranstaltung aktiv einzuschalten. Es ist gelungen an 530 Personen Karten zu verkaufen und 400, in der Mehrzahl junger Leute trotz der zum gleichen Zeitpunkt im Audi Max stattgefundenen Versammlung, zu dieser politischen Veranstaltung der FÖJ zusammenzubringen, was allein schon für eine von vielen totgesagte Organisation, zumindest als quantitati-

ver Erfolg zu werten ist. Durch die forcierte Werbung für die Veranstaltung durch Plakate, Prospekte, Tafeln etc. ist es zum Teil gelungen, die FÖJ vor allem unter den Linken in einem neuen Lichte zu zeigen.

Die Veranstaltung war ein Versuch Neuland zu betreten und kann als Ausgangspunkt für weitere Versuche dieser Art betrachtet werden. Sie könnte der Beginn zur Schaffung einer Polit-Agitgruppe werden, die in Österreich bei der Herausbildung der Linken eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat. Die Arbeit derer, die auf der Bühne standen wurde von den Besuchern ernst genommen und mit Applaus bedankt. Den Akteuren selbst wurde trotz selbstkritischer Einschätzung durch die Veranstaltung vermittelt, daß sie bei weiterer ernster Probenarbeit noch mehr zu leisten imstande sind.

Zuletzt sei noch darauf hingewiesen, daß der Wunsch laut wurde, ein ähnliches Programm auch in Graz und Linz zur Aufführung zu bringen. Wenn es gelingen sollte, über den eigenen Rahmen hinaus zu dringen und neue Kreise mit einer profilierten politischen Aussage zu konfrontieren, dann könnte der Start beim "work-shop" als Erfolg bezeichnet werden.

---

#### Lehrlingslager der Sektion 6

Vom 15. Juli bis 31. August 1970  
in Müzzzuschlag !

#### Programm:

Politische Schulung, Diskussion über die Lage der Lehrlinge, Förderungsprogramm, Bericht über Betriebe, Bericht aus dem Ausland, Karate-Schulung, Geländespiele, Lagerfeuer usw.

Anmeldung und Auskünfte: Sektion 6,  
Wien 6., Theobaldgasse 15

Telefon: 57-59-342

---

# Von der Revolte zur Revolution

Den nachstehenden Artikel des Arbeitskreises Marxistischer Lehrlinge verstehen wir als Beitrag zur Diskussion über eine zu entwickelnde Lehrlingsbewegung. Die Redaktion veröffentlicht ihn ungekürzt und unzensuriert, da wir der Meinung sind, daß in unserer Zeitung ein breiter Rahmen über linke Vorstellungen gesteckt werden kann. Dennoch hoffen wir, daß gegenseitige Beschuldigungen unter den Linken unterbleiben und die gemeinsamen Interessen aller Linken im Vordergrund stehen werden.

Dieser Artikel ist eine Antwort des "Arbeitskreises Marxistischer Lehrlinge" auf den Artikel der "Sektion 6".

Ein Gespenst geht um in Österreich, das Gespenst der Lehrlingsbewegung. Dieses Gespenst verhält sich leider gar nicht anständig, es zwickt und zwackt die Linken überall. Um diese unangenehme Erscheinung zu beenden fühlen sich viele Genossen bemüßigt, endlich "Lehrlingsarbeit" zu kreieren. Was bei dieser überstürzten und von Nicht-Lehrlingen getragenen "Mobilisierung" herauskommt ähnelt leider sehr dem Hexentreffen auf dem Blocksberg.

Doch genug der literarischen Polemik. Ich werde nun versuchen unsere Stellung zum Sektionsartikel klarzulegen.

1.) Die Behauptung, daß auf der Vietnam-Demonstration am 14. Mai 200 Lehrlinge mit der "Sektion" marschierten, scheint uns etwas übertrieben.

2.) Die "Mittelschul-Revolutionäre" waren Lehrlinge und verteilten einen Aufruf zur Demonstration, der genauso wenig "phrasenreich" wie der Aufruf der Sektion war.

"... Wir halfen ihnen ihre Probleme zu lösen, im Gegensatz zu den Studenten, die glaubten, man könne zu den Arbeitern einfach hin-

gehen und ihnen etwas über ihr falsches Bewußtsein erzählen; Theorien über die Entfremdung, den Mehrwert und dergleichen". Nun, diese Perspektive sieht die Jugendpflege auch. Spätestens seit Lenin dürfte hingegen klar sein, daß es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis geben kann. Noch ein Zitat: "Um das zu erklären, brauchen wir keine großartigen Theorien. Das ist einfach, das versteht jeder". Wobei sie, die Arbeiterselbstverwaltung meinen. Anscheinend ist die Fähigkeit dazu jedem Arbeiter angeboren. Diese Theoriefeindlichkeit ist ein typisches Merkmal einer sektiererischen, ouvrieristischen Gruppe.

"Die Zeit ist jetzt reif für den Aufbau einer Organisation junger Arbeiter. Einer Organisation, die von den Systemparteien und Gewerkschaftsbunzen unabhängig ist." Also eine Anti-Gewerkschaft. Schon Lenin erkannte: "Und gerade diese Dummheit begehen die 'Linken'.... Kommunisten, die aus der Tatsache, daß die Spitzen der Gewerkschaften reaktionär und konterrevolutionär sind, den Schluß ziehen, daß man ... aus den Gewerkschaften austreten, die Arbeit in den Gewerkschaften ablehnen, und neue, ausgeklügelte Formen von Arbeiterorganisationen schaffen müsse. Das ist eine so unverzeihliche Dummheit, daß sie dem größten

Dienst gleichkommt, den Kommunisten der Bourgeoisie erweisen können".\*) Mit diesen Worten polemisierte Lenin 1920 gegen die ultralinken Antigewerkschaftler. Nach 50 Jahren sollten Kommunisten diese Ansicht ausgerottet haben.

"Schikanen gegen Lehrlinge, wie uns immer wieder berichtet wird, werden wir aufdecken". Das ist ein rein gewerkschaftliches Vorgehen. Wer daraus den Schluß zieht, daß: "das alles nur kleine Sachen sind, die man mit ein bißchen Organisation und Solidarität ziemlich rasch erreichen kann und daß es eigentlich um viel mehr geht ..." und glaubt, daß man dies den Lehrlingen so einfach beibringen kann, läßt sich auf einen ziemlich gefährlichen Flirt mit dem Anarcho-Syndikalismus ein. Denn aus rein gewerkschaftlichen Kämpfen entsteht niemals politisches Klassenbewußtsein. Aber das ist ja nur unnötige Theorie!... Im Gegensatz zur "Sektion 6" haben wir uns lange auf unsere Aktivität vorbereitet und sind dadurch zu einigen wichtigen theoretischen Schlußfolgerungen gekommen.

Es ist streng zu unterscheiden zwischen Rev.-Übergangsforderungen und kurzfristigen Forderungen, die naturgemäß gewerkschaftlicher Natur sein müssen. Aus kurzfristigen Forderungen kann das Proletariat durch die Aktion ein trade-unionistisches Bewußtsein erlangen, das politische Bewußtsein hingegen wird für die Massen nur in Perioden verschärften Klassenkampfes zu erreichen sein. Die Avantgarde der Arbeiterklasse hingegen kommt über die tägliche gewerkschaftliche Erfahrung zur Aktion und von der Aktion zu Klassenbewußtsein. Der revolutionäre Kern, der in der konkreten Lage in Österreich noch aus Nicht-Proletariern besteht, kommt durch das Bewußtsein zur Aktion und schöpft aus der Aktion Erfahrung. Deshalb müssen die Übergangslösungen genau bestimmt werden.

\*) W.I.Lenin, Der linke Radikalismus..., Kap.VI, Ausg.W., Ba.S.422

Unsere Übergangslösungen sind im einzelnen:

1. Verminderung der Lehrlingsarbeitszeit auf etwa 30 Stunden wöchentlich, das entspricht der Arbeitszeit der Mittelschüler.

2. Staatliche Lehrwerkstätten unter Leitung der Gewerkschaft, wo - bei wir uns durchaus keine Illusionen über die Gewerkschaftsbürokratie machen. Dadurch werden die Lehrlinge real aus dem Produktionsprozeß herausgenommen (hier begeht die "Sektion 6" erneut einen schweren Fehler; sie glaubt tatsächlich, daß, wenn die Lehrlinge Gesellenlohn, also einen Arbeitslohn erhalten, sie "nicht mehr zusätzliche Hilfsarbeiter für ihre Firmenherren sind, sondern in der Ausbildungszeit nur theoretisch und praktisch lernen und keine produktive Arbeit mehr machen müssen, von der ihr Chef den Profit hat." Glückliche Naivität!

3. Ein Lehrlingsstipendium, welches dem Lehrling erlaubt alle seine Lebensbedürfnisse zu befriedigen, um ihn dadurch wirklich finanziell von seinen Eltern unabhängig zu machen.

4. Einen unabhängigen Gewerkschaftsjugendblock, das heißt: ein von Gewerkschaftsgeldern erhaltenes politisches und kulturelles Jugendzentrum, welches von der Jugend selbst und unabhängig verwaltet wird. Es ist uns bewußt, daß ein Teil dieser Forderungen unter Umständen reformistisch und integrierbar werden können. Wenn allerdings eine revolutionäre Organisation diese Forderungen richtig handhabt, können sie aktivierend und bewußtseinsfördernd wirken.

Eine wichtige Rolle in der Propagandaarbeit des "AML" spielt unsere Zeitung "Roter Maulwurf" (Postamt 1103, Postfach 124). Diese Monatszeitung wird vor Berufsschulen verteilt und bildet einen wichtigen Ausgangspunkt für Diskussionen unter Lehrlingen. Bisher machten wir nur die besten Er-

fahrungen damit. Beim Austeilen bildeten sich Gruppen um die Verteiler, die sich groÙtenteils spontan solidarisierten. Diese Propagandaarbeit von auÙen wird durch unsere Kader in den Berufsschulen, besonders aber in der Hütteldorferschule weitergeföhrt. Auch in der Mollardgasse formieren sich die Kader des "AML".

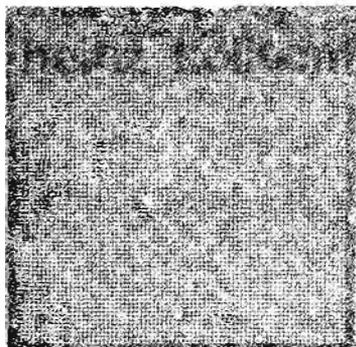
Wir lehnen die gewaltsame Trennung von Lehrlingen und Mittelschülern (die anscheinend von der "Sektion 6" verfolgt wird) genauso ab wie den gewaltsamen Zusammenschluß. Wir vertreten vielmehr im gegenwärtigen Stadium die Parole: "Getrennt marschieren, vereint schlagen". Darum bildeten wir bei der Kambodscha-Demonstration am 14.5. einen Einheitsfrontblock mit dem uns nahestehenden "Arbeitskreis Marxistischer und Antiautoritärer Schüler" (AMAS) und der Gruppe "Revolte". Allerdings schwebte uns eine echte Zusammenarbeit zwischen Lehrlingen und Mittelschülern, in der aufzubauenen revolutionären Jugendorganisation, vor.

Über weitere Diskussionsbeiträge sowie Kontakte mit anderen Interessenten an der Lehrlingsarbeit, würden wir uns sehr freuen. Auch streben wir eine Aktionseinheit mit anderen Gruppen, die im Lehrlingsmilieu arbeiten, an.

(Im Auftrag des "AML"; Perej)

AML, Postamt 1103, Fach 124, Auskünfte über Zusammenkünfte in der F Ö J.

=====  
Ein Buch für den Urlaub ?  
Ein Weg zu Heinz Kolisch lohnt sich immer !



"Unser Problem ist der Imperialismus: Entweder bist du ein Teil des Problems, oder du bist ein Teil seiner Lösung".

Eldridge Cleaver

## Propaganda für die NDP?

Anläßlich des "Tages der deutschen Einheit", der ein Feiertag in der BRD ist, hielt die NDP, mit ihrem "Aushängeschild", Dr. Burger, eine Versammlung im "Auge Gottes" ab.

Um diese Versammlung zu unterbinden, rief die "Widerstandsbewegung" zum Protest auf. Es kamen ca. 500, vorwiegend junge, Anhänger diverser linker Gruppierungen.

Die Versammlung wurde, ziemlich spät, von der Polizei aufgelöst. Es war mehr ein Zufall als ein Produkt der Demonstration, daß dieses Ziel erreicht wurde. Die Eierkanonade auf die, die Demonstranten provozierenden Bewohner des "rechten" Studentenheimes über dem Gasthaus war zwar eine Volksbelustigung, aber kaum ein Argument gegen die Versammlung. Und wären nicht zwei Böller geworfen worden, die im Endeffekt zur Auflösung der Versammlung geführt haben, so wäre diese Aktion, und sie war es trotzdem, eine Propaganda für die NDP.

Es nützt nichts, wenn man schreit "Nazi raus", denn die Öffentlichkeit weiß nicht einmal wer diese Nazis sind.

Fazit, eine wirksame Bekämpfung der NDP ist nur mittels organisierter und gegenseitig sich informierender Linker möglich. Ausserdem müÙte eine Information der demokratischen Öffentlichkeit erfolgen.

Eine Kampagne bis zur Auflösung der NDP in Österreich.

# ◁ Kritik an der EWG ▷

Vom 5.-7. Juni fand in Brüssel eine auch für Österreich interessante Beratung von Vertretern der EWG-Jugendorganisationen statt. Es ist uns bis jetzt noch nicht gelungen, konkretere Materialien von dieser Beratung zu erhalten.

Die Berichte in der FAZ, NZZ, und auch in der österreichischen "Presse" scheinen uns jedoch informativ zu sein, so daß wir einen Auszug aus dem Bericht der "Presse" veröffentlichen.

In Brüssel gingen 250 Vertreter der europäischen Jugend vor kurzem ins Gericht, genauer mit den bisherigen Ergebnissen der Einigung in der EWG. Das vorherrschende Urteil der jungen Politiker: die EWG dient fast ausschließlich den Interessen der Kapitalisten, läßt sich von den Vereinigten Staaten ausbeuten und nutzt ihrerseits die Entwicklungsländer der Dritten Welt aus. Dabei handelte es sich keineswegs um einen Europakongreß der Jungsozialisten, bei denen solche Thesen nicht überraschen würden. Die Europakommission selbst hatte zu dem neuartigen Experiment aufgerufen und die europäischen Jugendverbände zum Kolloquium über eine Bilanz und künftige Perspektiven der europäischen Einigung eingeladen.

Fast alle EWG-Jugendorganisationen waren in Brüssel vertreten... Überraschend, daß alle Gruppen von den Linken bis zu den Christdemokraten und Gaullisten, die europäische Einheit im Rahmen der Sechs, aber auch mit England und den Skandinavieren bejahten. Selbst die Jusos und ihre Kollegen in den EWG-Ländern glaubten nicht mehr an ihre Revolution in einem einzigen Land. Umso wortstärker forderten sie aber: "Europa wird sozialistisch oder es kommt nie zustande".....

Beinahe könnte man den Eindruck haben, die Linken gehören heute zu den entschlossensten Förderern Europas, unter sozialistischen Vorzeichen natürlich, aber abgegrenzt zu den staatskapitalistischen Systemen des Ostblocks.

Die christdemokratischen und konservativen Stimmen kamen kaum zu Wort, nicht etwa, weil sie unterdrückt wurden, mit ihren Ansichten standen sie "abseits". Die Forderung, Europa in der bisherigen Richtung weiterzubauen, fand kaum Zustimmung.....

Die Bereitschaft der Jugend, sich mit den ferneren Zielen der Integration zu beschäftigen, müßte die Verantwortlichen in Brüssel und den Hauptstädten der Sechs zumindest beunruhigen und zum Nachdenken zwingen. Denn wenn es den verschiedenen politischen Gruppen der Jugend gelingt, sich selbst europäisch zu organisieren - und dazu sind sie fest entschlossen - wird die junge Generation ein ernst zu nehmender Faktor im politischen Leben der EWG.

## INTERNATIONALE LEHRLINGSGRUPPENBERATUNG

Am 13./14. Juni 1970 fand in Innsbruck eine internationale Beratung von revolutionären Lehrlings- und Schülergruppen statt. Sie diente zum Erfahrungsaustausch zwischen Genossen aus München, Mailand, Zürich, Basel, Innsbruck und Wien.

Das komplette Protokoll ist zu beziehen über:

Jakob Mytheis,  
1060 Wien, Theobaldgasse 15,  
Telefon: 57 59 342



## Zu Dubček

Der Ausschluß Alexander Dubčeks aus der KPTsch ist eines der letzten, wahrscheinlich das bedeutendste Glied in einer Kette von Entscheidungen, der Führung der KPTsch, als Folge des Drucks der Besetzung und der ihr von der KPdSU und anderen Parteien aufgezwungenen "Normalisierung".

Die jetzt endgültige Entfernung Dubčeks von der politischen Bühne schließt die vorletzte Seite in dem Buch der Geschichte des Ringens um einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz, in dem Sozialismus und Demokratie eine Einheit sind, wie ihn auch die meisten europäischen kommunistischen Parteien anstreben. Die vorletzte Seite deshalb, weil in der Logik der Entwicklung es denkbar ist, daß die Ausschlußkampagne im Zuge der "Normalisierung" auch vor der Gruppe der Zentralisten nicht Halt macht. Wer nämlich glaubt, es sich mit jenen KPdSU-hörigen und von ihr geförderten Genossen

arrangieren zu können, unterliegt Illusionen und wird letzten Endes selbst ein Opfer der "Normalisierung".

Husak als Repräsentant dieser Gruppe, mag zwar jetzt von den der sowjetischen Politik völlig ergebenen und immer mehr die Politik bestimmenden Kräften noch da und dort imstande sein, die Bremse zu ziehen (z.B. keine politischen Prozesse), wie lange ist eine Frage der Zeit. Darüber wird erst der 14. Parteitag der KPTsch Auskunft geben, wenn es klar ist, welche Gruppe den Sieg über alle anderen Strömungen und nuancierten Auffassungen in der KPTsch erringen wird. Vorher dürfte es auch keinen Parteitag geben.

Für uns in Österreich ist der Ausschluß Dubčeks zweifellos ein Beweis dafür, daß die Einschätzung der FÖJ Bundesleitung zu den Ereignissen und Folgen des 21. August 1968 leider richtig war. Sie wurde im negativen Sinne, durch die Entwicklung, sogar noch übertroffen.

Die KPÖ hat in mehreren Erklärungen und Beschlüssen ihre Solidarität mit der Nachjännerpolitik der KPTsch zum Ausdruck gebracht und sich immer mit der Person Dubček verbunden gezeigt. Im Beschluß des ZK der KPÖ vom 13. Mai 1969 (nach der Absetzung Dubček als erster Sekretär der KPTsch) hieß es:

"Wir teilen die Meinung, die Präsident Swoboda zum Ausdruck brachte, als er sagte, daß der Name und das Wirken Alexander Dubčeks für immer mit der Nachjännerpolitik verbunden sein wird."...

Dieser Beschluß, wie auch die vorherigen Beschlüsse, wurden formal auch vom 21. Parteitag der KPÖ nicht aufgehoben, aber die Führung der KPÖ hat, zur Entfernung Dubčeks aus der KPTsch, bisher kein Wort der Kritik oder des Bedauerns geäußert. (Der Generalsekretär der KPI Longo hat bedauert und die

Leitung des Italienischen Gewerkschaftsbundes hat zum Ausschluß Dubceks Stellung genommen). Es geht hier nicht um die Person Dubceks schlechthin, obwohl uns bewußt ist, daß die Politik entscheidend von Personen geprägt wird, sondern um die Sache selbst, die er verkörpert.

Die KPÖ hat aus voller Überzeugung, Dubcek und die Nachjännerpolitik, unterstützt, weil in ihrem Inhalt wesentliche Elemente auch unserer Vorstellung vom Sozialismus enthalten waren. Wenn die KPÖ heute Husak oder die jeweils am Ruder befindliche Parteiführung ebenfalls unterstützt, so zeigt dies den Rückfall in Zeiten, in denen jeweils das als gültige Politik angesehen wurde, was die Unterstützung der KPdSU gefunden hat, oder von ihr direkt vertreten wurde.

Dieses Schweigen der Parteiführung und die Ignoranz eigener Beschlüsse ist auch ein Ausdruck dafür, was man in der CSSR "Normalisierung"

nennt. Die KPÖ, die bis zur Moskauer Konferenz der Kommunistischen Parteien im Juni 1969 bis zu einem gewissen Grad noch außerhalb der "Normalisierung" stand, (z.B. Rede des Genossen Muhri) hat heute jedes Image einer selbständigen Partei mit eigenen politischen Aussagen eingebüßt. Diese Haltung der KPÖ zeigt aber auch, wie tief eine Partei sinken kann, deren Führung in ihrer Politik die Doppelmoral seit langem praktiziert. Offiziell und formal bekennt man sich zu den seinerzeit gefaßten Beschlüssen, in der Anwendung ist man längst mit allem, was man in der CSSR unter der "Normalisierung" durchführt, einverstanden. Die KPÖ ist, was den Sprachgebrauch und die gesetzten Maßnahmen in den eigenen Reihen anbelangt, im Vergleich mit anderen kommunistischen Parteien, hinter der KPTsch bereits am weitesten "normalisiert".

Fritz Zapf

---

### Fortsetzung von Seite 6

Schritt dazu wäre die Autorität des Direktors zu beseitigen, ihn der Kontrolle der Lehrerschaft auszusetzen. Eine Möglichkeit diese Kontrolle zu realisieren wäre, die Wählbarkeit bzw. Abwählbarkeit des Direktors durch die Lehrer.

### 2. Schülerbereich

Die zweite Ebene der Forderung gipfelt in Fragen der Demokratisierung im Schülerbereich.

- a) Sofortige Aufhebung des rechtswidrigen Erlasses des Wiener Stadtschulrates betreffend der Verbreitung von Schülerzeitungen und Flugschriften vor der Schule.
- b) Rechtlicher Schutz gegenüber Maßnahmen, denen politisch - aber auch in Schulangelegenheiten - engagierte Schüler ausgesetzt sind

c) Organisationsmöglichkeit von Schülern ohne Beaufsichtigung durch Lehrer und die Bereitstellung der dazu notwendigen Räume.

d) Keinerlei Behinderung seitens der Schule bei der Herausgabe von Schülerzeitungen, Inwieweit diese Forderungen durchgeführt werden, ist nicht zuletzt davon abhängig, wie es die Schüler verstehen, um ihre berechtigten Anliegen Aktionen zu entwickeln. Abschließend sei erwähnt, daß dieser Bericht unvollständig ist und auch andere Fragen eine Rolle spielen. Entscheidend ist, daß die Ankündigung Ende September über Fragen der AHS und berufsbildenden Schulen ein Symposium durchzuführen, den linken Jugendorganisationen die Aufgabe stellt, in diesen Fragen ein Konzept zu erarbeiten. Damit die Reformen nicht zur Integration der Schüler dienen.

Hans Margulies

# In Diskussion gestellt

Die "aspekte" wurden bisher regellos und ohne Gesamtkonzept geschrieben. Es ist also höchste Zeit, sich Gedanken zu machen, welche Funktion sie eigentlich haben sollten und wie diese verwirklicht werden kann. Diese Gedanken sollten sich allerdings nicht nur das Redaktionskollektiv, das vor dieser Nummer gegründet wurde um zunächst einigermaßen kontinuierliches Erscheinen der Zeitung zu gewährleisten, machen, sondern vor allem die Leser, also die Mitglieder und Freunde der FÖJ für die diese Zeitung gemacht wird. Dieser Artikel soll also der Eröffnung einer möglichst breiten Diskussion dienen. Auf den ersten Blick erscheinen mir drei Alternativen für eine Publikation der FÖJ möglich:

1. Eine Informationsaussendung über Aktivitäten der FÖJ etc.
2. Ein Blatt, in dem politische Fragen behandelt werden, erstens im Hinblick auf die politische Aktivität der FÖJ, zweitens im Hinblick auf die Informationslücken in den übrigen Zeitungen und Publikationsmittel.
3. Eine Jugendzeitschrift, die einen Leserkreis auch außerhalb der FÖJ ansprechen soll, also direkt der politischen Bewusstseinsbildung dienen soll, etwa in Fortsetzung der "jugend 69",

Dass die zweite Alternative der ersten vorzuziehen ist, liegt auf der Hand. Der Kontakt zwischen den FÖJ-Mitgliedern, die in verschiedenen Gruppen organisiert sind, ist sehr sporadisch, eine über das reine Informationsblatt hinausgehende politische Information - und zwar eben schriftlich - ist unbedingt notwendig.

Für die dritte Alternative, eine Jugendzeitschrift, fehlen uns meiner Meinung nach die journalistische Begabung und das nötige Geld. Außerdem wäre es hier vielleicht

nützlicher, die bestehenden Lehrlings- und Mittelschülerzeitungen zu unterstützen, weil diese, auf bestimmte Zielgruppen gerichtet, wahrscheinlich mehr Erfolgchancen haben als eine allgemeine Jugendillustrierte, deren Zielgruppe viel größer und daher in ihren Bedürfnissen, politischen Meinungen etc. viel zusammengesetzter ist.

Zurück zur Alternative Nr.2. Wenn wir bedenken, daß es neben der FÖJ heute mehrere andere linke Gruppen gibt, und daß die Kommunikation unter diesen Teilen der linken Bewegung auch sehr zu wünschen übrig läßt, zeigt sich, daß es wünschenswert wäre, auch andere Gruppen in der Zeitschrift zu Wort kommen zu lassen. Es könnte hier ein Diskussionsforum geschaffen werden, an dem doch ein ziemlich großer Kreis teilhaben könnte. Die "aspekte" haben immerhin eine Auflage von 1200 bis 1500 Stück je Nummer.

Das wäre also die vierte Möglichkeit, und für die möchte ich plädieren: die "aspekte" sollen der Verständigung innerhalb der FÖJ dienen, indem sie einerseits politische Information liefern, andererseits die Möglichkeit bieten, die Arbeit der FÖJ zu diskutieren, und sollen die Verständigung innerhalb der Linken erleichtern helfen, indem sie Artikeln von anderen linken Gruppen, Stellungnahmen, Berichte über deren politische Arbeit etc. breiten Raum gibt. Um aber eine wirkliche Verständigung zu erreichen, wird eines notwendig sein: daß auch die Leser aktiv an der Zeitung mitarbeiten. "Leserbriefe" sollen also ein wesentlicher Bestandteil der Zeitung werden. Gleich in dieser Diskussion über die Funktion der "aspekte" sollten die Leser damit beginnen, aktiv in die Gestaltung der Zeitung einzugreifen.

m. a.

# FÖJ NACHRICHTEN

## Steiermark

Die Landeskonferenz der FÖJ, welche am 13. Juni in Donawitz stattfand war von der Diskussion über die "Zukunftschancen" der FÖJ gezeichnet. Vom Landessekretariat der KPÖ Steiermark waren zwei Genossen zur Diskussion eingeladen, die sich bemühten, die FÖJ-ler zum Eintritt in die KJÖ zu bewegen. Nach dreistündiger Diskussion stellte Kovacic den Antrag die FÖJ im Sinne des Beschlusses der FÖJ-Bundesleitung auch in der Steiermark weiterzuführen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Konferenz widmete sich dann der konkreten Aufgabenstellung für Herbst. Für 19./20. September wurde eine Wochenendberatung beschlossen. (Wir werden über die verschiedenen Aktivitäten noch berichten.

Anfragen und Auskünfte:

FÖJ-Steiermark  
z.Hd. Gen. Franz Puschnigg  
8043 Graz, Lindenhofweg 2

## Oberösterreich

Vor wenigen Tagen ist die FÖJ-OÖ mit ihrem ersten neuen Informationsblatt "megaphon" herausgekommen, welches in einer Auflage von 700 Stück erscheint. Diese Zeitung setzt sich unter anderem die Förderung des Informationsaustausches unter den verschiedenen linken Gruppen zum Ziel und ist als Diskussionsorgan der FÖJ-OÖ anzusehen.

"megaphon" wird als Ergänzung zum Linzer "Kultur- und Informationszentrum, in der Humboldtstraße, die unbedingt erforderliche Koordination der progressiv tätigen Kräfte fördern und entwickeln helfen.

Der Aufbau des Informationszentrum dient dem Ziele:

Stabilisierung der Gruppen;  
Größere Breitenwirkung ihrer Aktionen;  
Gegenseitige Hilfe und Schutz nach außen;

Rationalisierung der Arbeit durch Nutzung bereits entwickelter Instrumente und Methoden und der darin enthaltenen Erfahrung.

Anfragen, Auskünfte und Zusendungen an:

FÖJ OÖ, Landstraße 32, 4020 Linz  
Tel.: 07222 / 33-49-24

Arbeits- und Studiengruppe:

## "MARXISMUS-WISSENSCHAFTL. SOZIALISMUS"

Bereits im April haben wir die Schaffung einer Arbeits- und Studiengruppe "Marxismus - wissenschaftlicher Sozialismus" beschlossen. Schwierigkeiten, von denen wir an anderer Stelle berichten, haben die Durchführung dieses Beschlusses erheblich verzögert. Nun sind wir endlich in der Lage, zu unserer ersten Besprechung einzuladen.

Um aber möglichst vielen Interessenten die Teilnahme zu ermöglichen, legen wir noch keinen endgültigen Termin fest. Wir bitten alle, die an unserer Arbeits- und Studiengruppe teilnehmen wollen, uns davon schriftlich oder telefonisch (33-49-24) bis zum 9. Juli zu verständigen und uns mitzuteilen, an welchen Tagen der Woche vom 13. bis 19. Juli 70, Sie an einer Besprechung (ab 19 oder 19.30 Uhr) teilnehmen können.

Wir beabsichtigen auch in den Sommermonaten eine kontinuierliche Arbeit zu leisten. Wir wollen eine Anzahl unserer Zusammenkünfte in den nächsten Monaten in Zeltlagern oder in Verbindung mit Wochenendfahrten durchführen.

FÖJ - Linz

## IN GELDFRAGEN DER FÖJ

Dieser Nummer der "aspekte" liegt wieder einmal ein Erlagschein bei. Zum dritten Mal appellieren wir an die Leser unserer Zeitung, durch Spenden die Kosten der Zeitung selbst zu tragen.

Die ersten beiden Erlagscheinaktionen in den "aspekten" erbrachten jeweils rund S 1.000.-- - diese Summe reicht gerade aus, um die Materialkosten und Portospesen für jeweils eine Zeitungsnummer zu decken. Wir wollen deshalb auf diesem Wege allen bisherigen Spendern für ihr Solidaritätszeugnis herzlichst danken.

Wir sagen aber ganz offen, daß viele Leser der Zeitung, denen die weitere Herausgabe der "aspekte" genau so am Herzen liegt wie uns, bisher noch nicht erkannt haben, daß die FÖJ heute der ständigen finanziellen und materiellen Hilfe aller Freunde und Genossen bedarf.

Einige Freunde und Genossen, die persönlich mit Geld nicht sehr gesegnet sind, helfen uns z.B. durch freiwilligen Arbeitseinsatz beim Ausbau der FÖJ-Lokale, bei der Verschönerung und Instandhaltung des FÖJ-Bades am Neufelder-See, oder wie Genosse Sticht, der bisher an die 50 Arbeitsstunden für die Renovierung unseres VW-Busses aufgewendet hat. Er hat unserer Organisation dadurch nicht nur tausende Schillinge erbracht, sondern auch den weiteren Einsatz des Autos für politische Tätigkeiten gesichert. Ihnen allen wollen wir hier nochmals danken.

Viele Genossen zeigen uns Sympathie und Anerkennung für unsere bisherige Tätigkeit. Das wissen wir sehr zu schätzen. Dennoch, die heutige Lage der FÖJ erfordert mehr. Der von vielen Freunden eingesandte Mitgliedsbeitrag von S 20.-- reicht natürlich nicht aus, auch die Zeitung zu finanzieren.

Deshalb erneuern wir unseren Aufruf und bitten A L L E Leser und Freunde der FÖJ, vom beiliegenden Erlagschein Gebrauch zu machen. Die FÖJ ist für j e d e Spende dankbar.

Die Finanzkommission der F Ö J

